

Medienmitteilung

BDP-Fraktion zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative

Gegen zu viel Bürokratie

Die Bundeshausfraktion der Bürgerlich-Demokratischen Partei Schweiz (BDP) lehnt eine Begründungspflicht für Unternehmen gemäss Mehrheit der ständerätlichen Kommission ab. Dieser Vorschlag ist zu bürokratisch.

Die BDP bleibt ihrer Haltung treu, wonach der Volkswille nach einer tieferen Zuwanderung nicht mit einer Gefährdung der Personenfreizügigkeit einhergehen soll. Im Vordergrund bei der gesetzgeberischen Umsetzung steht deshalb der Schutz der geltenden bilateralen Verträge. Dabei geht aber der bürokratische Mehrheitsvorschlag der ständerätlichen Kommission zu weit. Die BDP lehnt eine Begründungspflicht für Unternehmen ab und will im Moment am nationalrätlichen Konzept festhalten.

Förderung inländische Arbeitskräfte und RASA-Gegenvorschlag als weitere Massnahmen

Im Weiteren muss die Förderung von inländischen Arbeitskräften endlich konsequent angegangen werden, wie es die BDP seit Langem fordert. Die diesbezügliche Motion wurde längst von beiden Räten überwiesen. Die Rahmenbedingungen für berufstätige Eltern und die Arbeitsmarktchancen der älteren Generation sind zu verbessern. Ebenso sind die Bilateralen Verträge im Rahmen des angekündigten RASA-Gegenvorschlags in der Verfassung zu verankern. Die Stimmbevölkerung soll sich in dieser Frage und damit zum bestehenden Dilemma zwischen der Zuwanderungsreduktion und dem Erhalt der Bilateralen klar äussern können.

Auskunft:

NR Martin Landolt, 079 620 08 51
NR Rosmarie Quadranti, 079 865 66 11
NR Duri Campell, 079 222 03 87
SR Werner Luginbühl, 079 481 07 69

29.11.2016